

Prozess um Brandanschlag: Aktivistin Bahar S. in Moabit angeklagt!

Bahar S. steht wegen Brandanschlägen und antisemitischer Taten vor Gericht, was die Sicherheitslage für israelische Einrichtungen in Berlin betrifft.



Im Kriminalgericht Moabit ist die Anklage gegen die 43-jährige Bahar S. in vollem Gange. Die Aktivistin, die von einer Gruppe junger Frauen unterstützt wird, steht unter Verdacht, einen Brandanschlag auf die iranische Botschaft sowie zwei Polizeiautos verübt zu haben. Sie soll am Tor der Botschaft in Steglitz-Zehlendorf Benzin aus einem Kanister ausgegossen und in einem weiteren Vorfall bei einer propalästinensischen Demonstration in der Nähe der US-Botschaft eine brennbare Flüssigkeit entzündet haben. Außerdem wird ihr vorgeworfen, ein mit einem Davidstern verschlungenes Hakenkreuz auf Gebäude gesprüht zu haben. Botschafter aus verschiedenen Organisationen, wie Amnesty International, wurden in Bahar S.'s Verteidigung angeführt, während sie die „Entmenschlichung“

der Palästinenser in Deutschland thematisierte.

Erhöhte Sicherheitsmaßnahmen in Berlin

Die Sicherheitslage in Berlin wurde aufgrund aktueller Bedrohungen weiter verschärft. Insbesondere die israelische Botschaft genießt ein „maximal hohes Level“ an Schutz, so Polizeip Sprechlerin Beate Ostertag. Nach einem jüngsten Festnahmeversuch eines Libyers, der beschuldigt wird, einen Anschlag auf die Botschaft geplant zu haben, sind die Sicherheitsmaßnahmen erneut überprüft und erhöht worden. Der Verdächtige, Omar A., soll inzwischen seit Oktober 2024 einen öffentlichkeitswirksamen Anschlag mit Schusswaffen ins Visier genommen haben.

Die Polizei hat nun über 160 jüdische oder israelische Einrichtungen in der Hauptstadt in ständiger Bewachung. Trotz der Verhaftung von Omar A. bleibt die Sicherheitslage angespannt, und die Behörde arbeitet in ständigem Austausch mit nationalen und internationalen Sicherheitsdiensten, um die Situation dynamisch anzupassen. Es wird berichtet, dass die Sicherheitsvorkehrungen nach dem Terroranschlag der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 erheblich verschärft wurden, was die Bedrohung für die Gemeinschaft verstärkt.

Diese Vorgänge verdeutlichen die angespannten Sicherheitsverhältnisse in der Hauptstadt und die ernsthaften Herausforderungen, mit denen die Berliner Polizei konfrontiert ist, um jüdische und israelische Einrichtungen zu schützen, während gleichzeitig ein ganz anderer Prozess im Gerichtssaal für Aufmerksamkeit sorgt.

Mehr dazu erfahren Sie bei **Berliner Zeitung** und **Tagesspiegel**.

Quellen	• www.berliner-zeitung.de • www.tagesspiegel.de
----------------	---

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de